

1 **Verrohung der Zivilgesellschaft verhindern. Die Mitte der**  
2 **Gesellschaft schützen.**

3 **Antrag**

4 **an die Jahreshauptversammlung am 05.09.2020 in Leck:**

5 **Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert:**

- 6 • Eine erhebliche Erhöhung der Bußgelder für  
7 • Seitenstreifenfahrer  
8 • Motorradfahrer, die sich im Stau durchschlängeln  
9 • Rettungsgassenblockierer sowie durch diese verursachte Behinderung, Gefährdung  
10 oder Sachbeschädigung  
11 • Rettungsgassenausnutzer  
12 • Gaffer  
13 • Eine Erhöhung des maximalen Strafmaßes in § 201a StGB auf 3 Jahre  
14 • Eine weitere Strafmaßschärfung für Angriffe auf Personen der §§ 113 ff. StGB durch  
15 Erhöhung des Mindeststrafmaßes  
16 • Von § 114 I StGB auf 6 Monate.  
17 • Von § 113 II StGB auf 1 Jahr (wird somit zum Verbrechen)  
18 • Beschwerdeverfahren aller Arten gegen Sicherheits- und Ordnungskräfte weiterhin nur  
19 nach gängiger Beweislast des Beschwerdeführers  
20 • Eine Stärkung des Berufes von Sicherheits-, Ordnungs- und Rettungskräften,  
21 insbesondere der Polizei  
22 • durch ausdrücklichen Rückhalt statt genereller Verdächtigung von obersten  
23 Dienstherren und Politik  
24 • durch Erhöhung der Personalschlüssel für Stellenpläne in Revieren und  
25 Dienststellen

26 **Begründung:**

27 In den vergangenen Jahren häufen sich Fälle, in denen Rettungs- und Ordnungskräfte  
28 beleidigt, behindert oder gar angegriffen werden. Die Hemmschwelle zur Gewalt sinkt  
29 immer weiter, Respekt in der Zivilgesellschaft scheint zu schwinden. Im Ergebnis erleben  
30 wir auch immer häufiger, dass Rettungsgassen nicht eingehalten werden oder Gaffer an  
31 Unfallorten ein absolut inakzeptables Verhalten an den Tag legen. Sie behindern Retter,  
32 verletzen die Würde und Persönlichkeitsrechte der Opfer. Auch in Nordfriesland häufen  
33 sich die Fälle.

34 Die Gründe dafür sind vielschichtig. Sie reichen von Veränderung der Debattenkultur und  
35 Filterblasen bis hin zu salonfähigem, extremem Egozentrismus. Der Staat muss reagieren.

36 Zwar wurden die §§ 114 f. des Strafgesetzbuches (StGB) angepasst und erweitert, die  
37 Schärfung von Strafmaß und Tatbestände geben in der Anwendung waren richtig, aber  
38 nicht genug.

39 Bestimmte Akteure, insbesondere im Linken politischen Spektrum, verstärken eine solche  
40 Tendenz. Das neue Antidiskriminierungsgesetz (LADG) des Landes Berlin verdeutlicht dies  
41 am besten. Die Polizei wird u.a. durch Beweislastumkehr in Beschwerdeverfahren unter  
42 Generalverdacht gestellt. Dabei müssen Bund und Länder sich hinter ihre Polizei stellen,  
43 mit gutem Beispiel für Respekt und Anerkennung vorangehen.

44 **Antragssteller:**

45 Lars Petersen, Leif Bodin